

22. November 2018

Der Staat als Digitalisierungsplattform: Once Only 2.0

Digitale Plattformen haben unseren Alltag radikal verändert. Sie haben unser Leben mit neuen Möglichkeiten bereichert und sind darüber zu den digitalen Pionieren der Welt aufgestiegen. Hat die Digitalisierung zunächst das Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger verändert, wandelt sie nun auch den öffentlichen Sektor. Spätestens mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG), dem Portalverbund sowie dem Anspruch einer stärkeren Benutzer- beziehungsweise Bürgerzentrierung (u.a. durch das Once Only-Prinzip) ist die Digitalisierung in der Breite der öffentlichen Hand eingeläutet worden. Das OZG legt das Fundament für die digitale Verwaltung, indem es bundesweit einen einheitlichen Zugang zu digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen schafft.

Ein zentrales Ziel der Digitalisierung liegt dabei in der Umsetzung des Once Only-Prinzips, das besagt, dass Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung ihre Daten für Verwaltungsleistungen nur einmal zur Verfügung stellen müssen. Es erlaubt der Verwaltung somit, nach Einwilligung der Bürgerin bzw. des Bürgers bereits in der Verwaltung vorliegende Daten für andere Verwaltungsleistungen zu nutzen. Die öffentliche Hand hat dabei die Chance, zu den Gestaltern und Impulsgebern der Digitalisierung in Deutschland zu werden. Deutschlands breites Industriefundament, seine tiefe Branchenkompetenz sowie eine aufgeschlossene Gesellschaft bieten die besten Ausgangsbedingungen. Um diese Chance zu nutzen, muss die Digitalisierung des öffentlichen Sektors aktiv und gemeinsam mit den Anspruchsgruppen Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte gestaltet werden.

Ziel muss es sein, die öffentliche Hand vom Datenverwalter zur digitalen Behördenplattform zum Nutzen der Anspruchsgruppen weiterzuentwickeln. Die öffentliche Verwaltung der Kommunen, der Länder und des Bundes als übergreifende Digitalisierungsplattform wird so in die Lage versetzt, schnell, vernetzt und effizient gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen zu begleiten, hierfür neue Lösungen,

Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Digital-Gipfels:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V. | Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Wirtschaftsinformatik | Dataport | Metropolregion Rhein-Neckar GmbH u. Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. | McKinsey & Company, Inc. | DGB-Bundesvorstand | Software AG Deutschland GmbH | Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS | Stadt Köln | Accenture GmbH & Co. KG | Fujitsu Deutschland | DATEV eG | Saarländische Landesregierung | Land Rheinland Pfalz | Initiative D21 e.V. - Netzwerk für die Digitale Gesellschaft | dbb beamtenbund und tarifunion | SAP Deutschland SE & Co. KG

Organisationsformen und Prozesse, auch über Verwaltungsebenen und -grenzen hinweg, im Sinne der Anspruchsgruppen zu finden. Vor diesem Hintergrund steht die Transformation vom Datenverwalter zum Gestalter der Digitalisierung im Mittelpunkt der Handlungsempfehlungen der Plattform „Digitale Verwaltung und Öffentliche IT“.

Once Only 2.0: Vom Datenverwalter zum Gestalter der Digitalisierung

Als konsequente Weiterentwicklung des Once Only-Prinzips (auch: Once Only 1.0) werden bei Once Only 2.0 auch Daten von außerhalb der öffentlichen Verwaltung einbezogen. Die erstmalige Bereitstellung der Daten kann gegenüber der Verwaltung, aber auch gegenüber Unternehmen oder anderen Organisationen erfolgen – je nach Interessenlage der Bürgerinnen und Bürger, die auch über die weitere Verwendung für Verwaltungs- und Wirtschaftsleistungen entscheiden können.

Once Only 2.0 bietet die Chance, das Prinzip digitaler Plattformen für den übergreifenden Datenaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung nutzbar zu machen. Ausgangspunkt bilden gewünschte Transaktionen zwischen Unternehmen und Kunden, wie etwa der Kauf von Waren und Dienstleistungen. Damit direkt verbundene Verpflichtungen, beispielsweise Meldepflichten gegenüber der Verwaltung, werden durch Datenflüsse vom Unternehmen über die Behördenplattform angestoßen und ggf. vollständig automatisiert verarbeitet. Die Behördenplattform liegt dabei in der Zuständigkeit der öffentlichen Hand und dient als vertrauenswürdige Bindeglied, um die Weitergabe der Daten zu orchestrieren, eine hohe Datenqualität und -konsistenz sicherzustellen und zwischen den Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung zu vermitteln. Die von den Verwaltungen erfassten, qualitativ hochwertigen Daten stehen damit für weitere Dienstleistungen zur Verfügung, wenn die Bürgerinnen und Bürger entsprechende Freigaben erteilt haben. Jede Datenweitergabe ist für die Bürgerinnen und Bürger vollständig transparent.

Beim beispielhaften Anwendungsfall Umzug wird die wirtschaftliche Transaktion der Vermietung einer Wohnung mit den Verwaltungsprozessen des Meldewesens verbunden. Ausgangspunkt ist der Abschluss

Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Digital-Gipfels:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V. | Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Wirtschaftsinformatik | Dataport | Metropolregion Rhein-Neckar GmbH u. Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. | McKinsey & Company, Inc. | DGB-Bundesvorstand | Software AG Deutschland GmbH | Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS | Stadt Köln | Accenture GmbH & Co. KG | Fujitsu Deutschland | DATEV eG | Saarländische Landesregierung | Land Rheinland Pfalz | Initiative D21 e.V. - Netzwerk für die Digitale Gesellschaft | dbb beamtenbund und tarifunion | SAP Deutschland SE & Co. KG

eines Mietvertrags. Meldungen des Vermieters an die Verwaltung über Beginn und Beendigung des Mietverhältnisses via Datenplattform ermöglichen den Einstieg in automatisierte Prozesse zur Unterstützung der Ummeldung. Dies bedeutet mehr Komfort für die Bürgerinnen und Bürger und erhöht die Datenqualität der Meldebehörden. Nach erfolgter Ummeldung erlauben gezielte Datenfreigaben der Bürgerinnen und Bürger für Dritte, Adressänderungen über die Plattform an Dienstleister wie Banken oder Zeitschriftenverlage weiterzuleiten.

Im Ergebnis stellen Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nur einmal zur Verfügung, und zwar dann, wenn sie die gewünschte Transaktion anstoßen. In der Folge können diese Daten sowohl für Verwaltungsleistungen als auch für privatwirtschaftliche Dienstleistungen weiterverwendet werden, ohne dass es einer erneuten Eingabe bedarf. Damit wird das Once Only-Prinzip auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen. Umfassende Datenhoheit und vollständige Transparenz aller Transaktionen sind dabei unerlässlich, um die Akzeptanz auf Nutzerseite sicherzustellen. Hierbei ist es zentral, die Nutzer mit ihren Anforderungen und Bedürfnissen bereits zu Beginn in die Entwicklung neuer Services einzubeziehen und den Mehrwert für alle Nutzergruppen sichtbar zu machen. So profitieren Anbieter, Nachfrager und die Verwaltung gleichermaßen von einer besseren Datenverfügbarkeit und -konsistenz. Zudem entfällt die redundante Dateneingabe und -pflege. Die erhöhte Datenverfügbarkeit eröffnet darüber hinaus die Möglichkeit und die Diskussion über das Entstehen neuer, innovativer Geschäftsmodelle.

Handlungsempfehlungen

Für die Umsetzung von Once Only 2.0 ist ein ganzheitliches Maßnahmenpaket nötig, die wichtigsten Eckpunkte seien hier anhand einiger zentraler Thesen skizziert:

1. Um eine **tragfähige, zukunftsfähige und kosteneffiziente Architektur** für Once Only 2.0 zu gewährleisten, müssen zwingend
 - die **Anschlussfähigkeit** der „Once Only 2.0-Architektur“ an die Architektur des Portalverbundes gegeben sein,

Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Digital-Gipfels:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V. | Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Wirtschaftsinformatik | Dataport | Metropolregion Rhein-Neckar GmbH u. Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. | McKinsey & Company, Inc. | DGB-Bundesvorstand | Software AG Deutschland GmbH | Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS | Stadt Köln | Accenture GmbH & Co. KG | Fujitsu Deutschland | DATEV eG | Saarländische Landesregierung | Land Rheinland Pfalz | Initiative D21 e.V. - Netzwerk für die Digitale Gesellschaft | dbb beamtenbund und tarifunion | SAP Deutschland SE & Co. KG

- die **Systemunabhängigkeit** der Plattform sichergestellt sein,
- die **Rechte, Rollen und Verantwortlichkeiten** der Beteiligten im Ökosystem transparent und eindeutig beschrieben sein,
- die Entwicklung von **Basis- und Branchen-Schnittstellen** (APIs) schnell und standardisiert („API-Fabrik“) erfolgen sowie
- ein **Governance-Konzept** vorliegen, das Mechanismen und Instrumente für die Registrierung bei der Verwaltungsplattform, das Monitoring, die Kontrolle, die Freigabe und den Nachweis von Datennutzungen spezifiziert.

2. **Akzeptanz, basierend auf Mehrwerten und Datensouveränität**, ist eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg von Once Only 2.0:

- Once Only 2.0 kann nur erfolgreich sein, wenn alle relevanten Anspruchsgruppen einen Mehrwert darin erkennen. Ohne die Schaffung erlebbarer Mehrwerte fehlt eine der Grundvoraussetzungen, damit Akzeptanz entsteht. Dazu sind sowohl Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen als auch die öffentliche Verwaltung frühzeitig zu informieren, einzubinden und zu überzeugen.
- Die Nutzung neuer Methoden und Arbeitsweisen (z.B. sog. Digitalisierungslabore mit interdisziplinären Teams) ermöglichen eine konsequente Nutzerorientierung, um Anforderungen und Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer zu verstehen (z.B. nutzerfreundliche Verwaltungsleistungen, Datensouveränität) und die Akzeptanz zu erhöhen.
- Bei der durch „Once Only 2.0“ unterstützten lebenslagenbezogenen Leistungserbringung soll nicht nur ein Mehrwert durch stärkere Datennutzung generiert werden, sondern der Staat soll auch bei der Gewährleistung der Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger in einer Vorbildfunktion eine neue Qualität bei Transparenz und Nutzungskontrolle ermöglichen.
- Mehrwert entsteht für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Verwaltungen gleichermaßen, wenn Verwaltungsleistungen einfach und intuitiv zugänglich sind (z.B. über Gebietskörperschaften hinweg oder als interkommunale, (über-) regionale Shared Services).

Plattform „Digitale Verwaltung und öffentliche IT“ des Digital-Gipfels:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V. | Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Wirtschaftsinformatik | Dataport | Metropolregion Rhein-Neckar GmbH u. Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. | McKinsey & Company, Inc. | DGB-Bundesvorstand | Software AG Deutschland GmbH | Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS | Stadt Köln | Accenture GmbH & Co. KG | Fujitsu Deutschland | DATEV eG | Saarländische Landesregierung | Land Rheinland Pfalz | Initiative D21 e.V. - Netzwerk für die Digitale Gesellschaft | dbb beamtenbund und tarifunion | SAP Deutschland SE & Co. KG

- Die Wertschöpfung von Once Only 2.0 entfaltet sich nur durch nutzerzentrierte Service-Innovationen in der Fläche. Das **Betriebs- und Entwicklungsmodell** muss daher dezentrale Akteure zusammenbringen und erfordert neue Strukturen in der Zusammenarbeit. Once Only 2.0 wird gelingen, wenn die öffentliche Hand den bestehenden Rechtsrahmen ausschöpft und parallel eine Vertrauenskultur aufbaut.

Plattform 6 – Digitale Verwaltung und öffentliche IT

Vorsitz: Staatssekretär **Klaus Vitt** (BMI) und **Karl-Heinz Streibich** (acatech)

Mitglieder:

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. **Jörg Becker** - Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Wirtschaftsinformatik | Dr. **Johann Bizer** – Dataport | Dr. **Christine Brockmann** - Metropolregion Rhein-Neckar GmbH u. Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. | Dr. **Matthias Daub** - McKinsey & Company, Inc. | **Elke Hannack** - DGB-Bundesvorstand | **Uwe Hartmann** - Software AG Deutschland GmbH | Prof. Dr. **Manfred Hauswirth** - Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS | Stadtdirektor Dr. **Stephan Keller** - Stadt Köln | **Corinna Krezer** - Accenture GmbH & Co. KG | **Rupert Lehner** - Fujitsu Deutschland | Dr. **Robert Mayr** - DATEV eG | Staatssekretär Prof. Dr. **Ulli Meyer** - Saarländische Landesregierung | Staatssekretärin **Heike Raab** - Land Rheinland Pfalz | **Marc Reinhardt** - Initiative D21 e.V. - Netzwerk für die Digitale Gesellschaft | **Friedhelm Schäfer** - dbb beamtenbund und tarifunion | **Hartmut Thomsen** SAP Deutschland SE & Co. KG

<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 1</p> <p style="margin: 0;">Architektur</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Dataport, McKinsey, Metropolregion Rhein-Neckar, Software AG, Stadt Köln</p>	<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 2</p> <p style="margin: 0;">Betriebs- und Entwicklungsmodell</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Accenture, Dataport, WWU Münster</p>	<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 3</p> <p style="margin: 0;">Erfolgsfaktoren - Akzeptanz und Nutzen</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">McKinsey, Rheinland Pfalz, DATEV, Initiative D21, acatech, Stadt Köln</p>
<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 4</p> <p style="margin: 0;">Datenmanagement/ Blockchain</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">acatech, Fujitsu, DATEV</p>	<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 5</p> <p style="margin: 0;">Politische Erfolgsfaktoren</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Fujitsu, SAP</p>	<p style="font-size: small; margin: 0;">Arbeitspaket 6</p> <p style="margin: 0;">Use Cases und zukünftige Anwendungsfelder</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Fraunhofer FOKUS, Dataport, Metropolregion Rhein-Neckar, Accenture, DATEV, Software AG</p>